



Krisenbewältigung.

Was sich nach dem Salzburger Finanzskandal ändern wird. Ob die Länder nun entmachtet werden. Und was die Schweizer anders machen als die Österreicher.

§11 Thema Finanzskandal



Im Sauseschritt zu neuen Finanzierungsregeln: Finanzministerin Maria Fekter präsentiert heute dem Ministerrat ihre Vorschläge.

Bild: SN/EXPA

Stärkere Kontrolle der Finanzgeschäfte

ANDREAS KOLLER

WIEN (SN). Einheitliche Richtlinien, stärkere Kontrolle, aber keine Entmachtung der Länder: Das sehen die neuen Regeln für Finanzgeschäfte der Länder und Gebietskörperschaften vor, die Finanzministerin Maria Fekter (ÖVP) heute, Dienstag, dem Ministerrat präsentieren wird. „Eine totale Zentralisierung des Finanzmanagements wird es aber nicht geben. Das würden wir in den Ländern nicht durchbringen“, sagte ein Regierungsmitarbeiter den SN.

Tatsächlich haben sich mehrere Landeshauptleute (Günter Platter, ÖVP, Tirol; Markus Wallner, ÖVP, Vorarlberg) bereits am Wochenende deutlich gegen eine finanzielle Entmündigung der Länder ausgesprochen. Am Montag äußerte sich auch der steirische LH Franz Voves (SPÖ) skeptisch: „Eine generelle Übernahme des Finanzierungsmanagements der Länder durch den Bund entspräche nicht der föderalen Struktur Österreichs und ist daher abzulehnen“, sagte Voves.

Ähnlich sein oberösterreichischer Kollege Josef Pühringer (ÖVP): Man wolle mit dem Bund „in partnerschaftlicher Weise auf Augenhöhe“ zusammenarbeiten, ein Diktat des Bundes werde abgelehnt. Und im Hinblick auf den Salzburger Finanzskandal sagte Pühringer: „In Oberösterreich passiert so etwas nicht.“

„Geprüft“ wird derzeit die Möglichkeit, dass die Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) das Finanzmanagement der Länder übernehmen könnte. Diesen Vorschlag hatten zuletzt nicht nur Bundespolitiker wie Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) geäußert, sondern auch Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller. Bereits in der Vergangenheit haben einige Bundesländer einen Teil ihrer Finanzierungen über die ÖBFA organisiert, darunter auch das Land Salzburg.

Zur Erklärung: Die Bundesfinanzierungsagentur wickelt die Schuldenaufnahme des Bundes ab, sie achtet darauf, dass Österreich möglichst wenig Zinsen zahlen muss und bei seinen Veranlagungen möglichst wenig Risiko eingeht. Dies gelingt nicht immer zur vollen Zufriedenheit. Während der Finanzkrise stellte sich heraus, dass die Bundesfinanzierungsagentur knapp 300 Millionen durch ein Investment in wackelige US-Papiere versenkt hatte.

Auch Hannes Androsch, Finanzminister von 1970 bis 1981, meldete sich in einem SN-Gespräch zu Wort. Er empfahl, sich ein Beispiel an der Schweiz zu nehmen. „Dort dürfen öffentliche



Hannes Androsch empfiehlt das „Beispiel Schweiz“.

Bild: SN/APA

Hände Kassenbestände nur in der Schweiz bei der Notenbank anlegen, andere Geschäfte sind nicht erlaubt“, sagte er. Es sei „nicht die Aufgabe der öffentlichen Hände, Finanzgeschäfte zu betreiben, die sie eh nicht verstehen.“

Philipp Rohr, der Kommunikationsverantwortliche des Berner Finanzministeriums, bestätigte den SN, dass es den Schweizer Bundesregierungsstellen nicht gestattet sei, in Aktien und Derivaten zu spekulieren. Die Veranlagung erfolge sehr konservativ.

Im Schweizer Haushaltsgesetz heißt es: „Die Eidgenössische Finanzverwaltung legt die für den Zahlungsbedarf nicht benötigten Gelder so an, dass ihre Sicherheit sowie ein marktkonformer Ertrag gewährleistet sind“ – „Das impliziert, dass risikoreiche Geschäfte verboten sind“, erläutert Rohr. Und fügt hinzu: „Einzig Schulden zu machen, um Erträge zu erzielen, kann und darf nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein.“

Mehr zum Thema finden Sie auf www.salzburg.com



Das gefährliche Spiel mit den finanziellen Massenvernichtungswaffen

Analyse. Katastrophal gescheiterte Spekulationen wie jene in Salzburg laufen immer nach dem gleichen Strickmuster ab.

VON JOSEF URSCHITZ

[WIEN] 340 Millionen Euro in Salzburg verzockt, 400 Millionen in Linz. Wien bei einer Franken-Finanzierung mit gut 200 Millionen unter Wasser, Niederösterreich mit der „Veranlagung“ von eigentlich für den Wohnbau bestimmten Mitteln im Eck und so weiter und so fort: Wie ungeschickt sind eigentlich „öffentliche Hände“ beim Geldanlagen? Und: Wie verzockt man 340 Mio. Euro einfach so?

Die Antwort zu Frage eins lautet: Sehr. Und zu Frage zwei: So wie überall auf der Welt. Wenn sich Gier mit Unwissen und Ahnungslosigkeit paart und auf der anderen Seite Skrupellosigkeit im Spiel ist, dann geschehen solche Dinge. Das bezieht sich jetzt nicht auf die „Finanzspezialistin“, die Salzburg da hineingeritten hat. Sondern auf deren Vorgesetzte bis hinauf zum Finanzlandesrat, die ihrer Beamtin grünes Licht für Spekulationsgeschäfte gegeben hatten, ohne auch nur den geringsten Schimmer davon zu haben, wie so etwas läuft und vor allem wie es zu kontrollieren ist.

Verträge mit mehreren hundert Seiten

Solche Zinstauschgeschäfte, wie sie etwa in Salzburg und Linz im Spiel waren, sind nicht einfache „Zinswetten“, wie das suggeriert wird, sondern hochkomplexe Deals, deren Details normalerweise in mehrhundertseitigen Verträgen festgelegt sind. Was da wirklich festgeschrieben ist, begreifen im Detail nur ganz wenige Spezialisten. Selbst viele Banker verstehen da nur noch Bahnhof, wie die zahlreichen Flops deutscher und österreichischer Landesbanken mit solchen strukturierten Produkten zeigen. Einer der wesentlichen Gründe für die Weltfinanzkrise 2008 war ja, dass wirklich niemand mehr wusste, was in den ganzen „toxischen“ Papieren, die da im Umlauf waren, eigentlich enthalten war.

Dazu kommt: Die sehr komplexen Regeln werden vom „Counterpart“ gemacht. Salzburg oder die ÖBB oder die Stadt Linz „wetten“ also gegen die Deutsche Bank oder die Bawag, um zwei Beispiele zu nennen – und spielen das Spiel dann nach Regeln, die von ihren „Wettpartnern“ aufgestellt wurden (und die sie selbst mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht verstehen). Es gibt nur wenige Beispiele, wo so etwas nicht danebengegangen ist.

Allerdings – und jetzt kommen die „operativen“ Akteure wie etwa die Salzburger

Landesbeamtin ins Spiel – sind solche Produkte keineswegs auf die finanzielle Vernichtung des Wettpartners ausgelegt. Man muss solche Derivate nicht unbedingt aussetzen, sondern kann auch die Notbremse ziehen, wenn die Position gegen einen läuft. Professionelle Trader machen das normalerweise. Und zwar kompromisslos. Denn sie wissen: Derivate sind finanzielle Massenvernichtungswaffen, wenn man mit ihnen nicht verantwortungsvoll umgehen kann.

Notbremse heißt aber, dass man einen (meist noch überschaubaren) Verlust realisiert – und damit eingesteht. Und an dieser Stelle kommt häufig die Psyche der „operativen“ Akteure ins Spiel: Man hofft, den Verlust durch Gegenspekulationen wieder auszubügeln, beginnt zu vertuschen, gerät immer tiefer in die Malaise. Zum Schluss reagieren dann viele so wie der Spielsüchtige im Casino, der seine Einsätze immer mehr erhöht, je weiter er ins Minus rutscht – und damit sein letztes Hemd verspielt.

Und zwar nicht nur im öffentlichen Bereich: Auf diese Art hat beispielsweise der Händler Nick Leeson die ehrwürdige Barings Bank versenkt und der französische Trader Jerome Kerviel ein 4,8-Mrd.-Euro-Loch in die Bilanz der Société Générale gerissen. Und zwar so, dass die hoch spezialisierten Risikoabteilungen viel zu spät erkannten, welche Bomben da in ihren Handelsräumen tickten. Da wäre es von biederen älplerischen Landesräten und Bürgermeistern ein bisschen viel verlangt, in diesem Haifischbecken mitzuschwimmen, ohne gefressen zu werden. Verantwortlich für das Schlamassel sind sie trotzdem. Denn die erste Regel im Kurs „Investing for Dummies“ lautet, nie Geld in ein Finanzprodukt zu investieren, das man nicht bis in den letzten Winkel versteht.

Schranken für die „Gamsbart-Zocker“

Hannes Androsch, Aufsichtsratschef der Staatsbankenholding Fimbag, schlägt deshalb im „Presse“-Gespräch vor, Ländern und Gemeinden nur noch stockkonservative Geldeinlagen (etwa bei der Nationalbank) zu erlauben. Für die mit allen Wassern gewaschenen Wettpartner der glücklosen heimischen Gamsbart-Zocker hat er auch einen Tipp parat: Die müssten „langweiliger“ werden. Dass etwa eine Deutsche Bank 85 Prozent ihres Gewinnes im hochspekulativen Bereich mache – das sei keine gesunde Basis für die Finanzwelt.